

In Erwartung des Vortragstalentes **Helmut Müller-Enbergs** hatte sich der Vortragsraum der Gedenkbibliothek am 31. März 2015 gut gefüllt. Doch der Referent war aus gesundheitlichen Gründen verhindert, so dass der Co-Autor **Christian Boob** zu ihrem gemeinsamen Buch referierte, welches 2014 im Verlag für Polizeiwissenschaften erschienen ist:

„Die indiskrete Gesellschaft - Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern“

Christian Boob, im Hauptberuf Projektkoordinator bei der BStU, führte zu Beginn seines interessanten Vortrages aus, warum dieses wichtige Buch entstanden ist. Anliegen war es, die Rolle der Zuträger und der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu differenzieren.

Neben denen, die ganz bewusst mit der Stasi zusammen gearbeitet haben, wie beispielsweise Anwalt Wolfgang Schnur („IM Torsten“), der über Mandanten gesprochen, sich mit der Stasi abgesprochen und belastendes Material an sie verraten hatte, gab es einen breiten Personenkreis im SED-Staat, der nie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hat und trotzdem der Stasi zuarbeitete.

Zusätzlich zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern im SED-Staat, die rund 1 % aller Einwohner also 189.000 Menschen ausmachten, gab es **Auskunftspersonen (AKP)**. Mit diesem Kürzel versah die Stasi **auskunftswillige Bürger**, über die sie Karteikarten anlegte, sorgfältig nach Städten und Straßen geordnet. So wusste die Stasi, wer im Haus als Ansprechpartner in Frage kam oder wen sie auf *der* Straße problemlos ansprechen konnte.

Für Rostock und Saalfeld in Thüringen sind diese Karteien der Vernichtung entgangen und somit erhalten geblieben. Diese nahezu unbeachtet gebliebenen Auskunftspersonen wurden von den Referenten ausgewertet.

Die AKP-Kartei von **Rostock** (46.000 Karteikarten) umfasste etwa **18 % der Bevölkerung** der Großstadt Rostock im Jahr 1989.

Auskunftspersonen wurden ausschließlich bei Bedarf punktuell angesprochen, wobei der recherchierende Stasi-Mitarbeiter sich eine unverfängliche Legende gab: als Polizist, Mitarbeiter der Stadt- und Finanzverwaltung oder der NVA, wollte er beispielsweise etwas über den Offiziersanwärter wissen...

Berichte aus dem Wohnumfeld waren üblich, wenn sich die Stasi einen ersten Eindruck von jemandem verschaffen wollte. Künftige inoffizielle Mitarbeiter wurden so gecheckt, Staatsfeinde überwacht, spätere Betriebschefs oder Geheimnisträger überprüft.

Die Informationen der AKP flossen in Ermittlungsberichte und Personeneinschätzungen ein. Welcher Bürger welche Berichte beisteuerte, ist in der AKP-Kartei selbst nicht dokumentiert, sondern Informationen zur Auskunftsperson wie „...ist bereit zu reden, schöpft keinen Verdacht gegen Legende...“ Häufig wurden Rentner, Mütter im Babyjahr, Parteisekretäre, Hausbuchführer, freiwillige Helfer der Volkspolizei, Armeeangehörige oder Hausgemeinschaftsleiter „abgeschöpft“.

In einer Straße oder einem Hochhaus konnte es mehrere AKP geben, so dass das Land mit einem dichten Geflecht von Informationsquellen überzogen und daher das unguete Gefühl des einzelnen Bürgers, unter allgegenwärtiger Beobachtung zu stehen, durchaus berechtigt war, ja sogar vermutlich Absicht war.

Der Rückzug ins Private war die logische Konsequenz, denn viele suchten einen geschützten Bereich, der nicht der staatlichen Kontrolle unterlag. Dass selbst innerfamiliär das Netz der Stasi geflochten wurde, mussten einige nach der Wende schmerzhaft in ihren Akten erfahren. Wenn die Stasi einen Liebhaber oder Ehemann lancierte, so traf sie vielleicht nicht zuletzt die Auswahl eines geeigneten Mitarbeiters aufgrund der Informationen einer Auskunftsperson (AKP), die eventuell bestimmte Vorlieben oder Neigungen berichtet hatte.

Wofür sich die Stasi interessierte, zeigt sich in den Ermittlungsberichten: Fragen nach dem (mutmaßlichen) Beruf, Kontakte nach dem Westen, Alkoholkonsum, sexuelle Beziehungen, Arbeitsmoral, gesellschaftspolitische Aktivitäten bis hin zur Beflagung an sozialistischen Feiertagen. **„Gezielt indiskrete Informationen wurden abgefragt und auch massenhaft dahingehend beantwortet.“**

Eine Erklärung dafür könnte wohl sein, dass freiwillige Helfer der VP oder Hausbuchführer und ähnliche Pöstchen oder „Ehrenämter“ gern von Personen bekleidet wurden, die wichtig sein wollten. Eine Befragung ihrer Person unterstrich durchaus ihre Wichtigkeit, und viele empfanden derartige Befragungen gar nicht als Indiskretion. Von sich aus wurden diese Personen kaum aktiv, sie zeigten nicht an, können definitionsgemäß also auch nicht als Denunzianten bezeichnet werden.

Doch je mehr diese Personen erzählten, umso fließender wurde der Übergang zur Denunziation. In die Position eines Leumunds gehoben, „Wie ist die Person im Kiez angesehen?“ o.ä. entstanden mit ihrer Hilfe Personenprofile, lieferten sie wichtige Informationen für „Sicherheitsüberprüfungen“ oder brachten Stolpersteine für die Karriere ins Rollen.

Die Stasi bemühte sich, die Hemmschwellen ihrer Informationsquellen abzubauen, in dem sie einerseits mit Legenden arbeitete und andererseits durch Vorschriften die Mitteilungspflicht einforderte. So wurden die SED-Mitglieder in ihren Statuten zur revolutionären Wachsamkeit verpflichtet und Sanktionen bei Nichtanzeige in Aussicht gestellt. Wobei dabei nicht die Anzeigepflicht von

Gefahr für Leib und Leben gemeint war, sondern Delikte wie „Republikflucht“ oder „asoziales Verhalten“.

Hausbuchführer, die aufzeichneten, wenn sich Besucher länger als 3 Tage bei einer Familie im Haus aufhielten, und für Westbürger galt dies bereits nach 24 Stunden, waren zur Auskunft gegenüber dem Rat der Stadt und den „Ermittlungsorganen“ (sprich Stasi, Polizei und Zoll) verpflichtet. Im Handbuch des freiwilligen Helfers waren die Aufgaben festgelegt, um Bedenken und Hemmungen gegenüber Indiskretionen abzubauen.

Im Kreis Saalfeld in Thüringen fanden sich 5,7 % aller Einwohner in der Kartei der Auskunftspersonen. Neben 745 IMs registrierte die Stasi in Saalfeld 3.333 AKPs – ein Verhältnis von 1 : 4,5. Überall im SED-Staat gab es in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen diese AKP-Karteien, jedoch nur noch einige sind erhalten.

Würde man die 5 % von Saalfeld auf das Land hochrechnen, könne es **1 Million Auskunftspersonen landesweit** gegeben haben, so der Referent.

Aus Chemnitz berichtete er von einem weiteren Phänomen. Die Stasi listete bis 1989 unter der Rubrik „Gute Menschen“ diejenigen auf, die gut mit der Stasi zusammen arbeiteten. Eine Art Reservepool für den Spitzel-Bestand und spätere Anwerbung. „Gute Menschen“ wussten, mit wem sie im Gespräch waren, wurden nicht legendiert abgeschöpft und unter ihrem Klarnamen geführt. „Nach Angaben des Leiters der Kreisdienststelle Plauen, Oberst Friedrich Steudel, erarbeiteten die *Guten Menschen* ein Drittel der operativ beschafften Informationen, die anderen beiden entfielen auf die inoffiziellen Mitarbeiter.“

Im zweiten Teil seines spannenden Vortrages widmete sich Christian Booß den obersten Kadern des SED-Staates, die von Mielke als Kartei und Aktenbestand „Rote Nelke“ geführt wurden. „Die Akten und Reste der Auskunftskarteien aus dem Komplex *Rote Nelke* geben im Grundsatz Aufschluss darüber, wie das Spitzenpersonal der DDR überprüft wurde.“

Auf diesen Personenkreis konnte sich die Stasi fast 100%ig verlassen, wurden diese doch erst nach eingängiger Prüfung durch die Stasi in die Kaste der Wirtschafts- oder Parteinomenklatur erhoben.

300.000 – 350.000 Nomenklaturkader bildeten „das Rückgrat der SED-Diktatur und sicherten deren Überleben“, ohne eigenhändig eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen zu müssen. In dieser Position war man ihrer Ergebenheit und Mithilfe sicher. Das Ganze ähnelt in fataler Weise den feudalen Adelsverzeichnissen, wie sie zuletzt noch bis 1918 von gewisser Bedeutung waren.

Bizarrer Weise werden diese „Handlanger“ in der Stasi-Unterlagenbehörde meist als Opfer geführt, da sie vor „Amtsantritt“ von der Stasi überprüft wurden.

Ohne Verpflichtungserklärung oder Führung als inoffizieller Mitarbeiter ist dieser Personenkreis nachweislich unbelastet und kann heute unbehelligt in Positionen wie Ordnungsamtsleiter o.ä. gelangen, so der Referent.

„Mehr als 1/5 dieser Funktionärsschicht wiesen jedoch in ihrer Biographie Episoden oder Anbahnungen als IM auf“, so dass die Stasi-Zusammenarbeit wohl als Voraussetzung für den Aufstieg im Partei- und Staatsapparat bezeichnet werden kann bzw. „manche IM-Verpflichtungen den Charakter von Treuebekundungen auf einer Etappe des Karriereweges hatten.“

Nachdem man Nomenklaturkader geworden war, trat man in die Position der offiziellen Zusammenarbeit mit der Stasi, war kein Informant mehr, sondern kooperierte „parteilich kameradschaftlich“ mit dem MfS und war einer der eigentlichen Machthaber in der SED-Diktatur.

Widersprüchliche Angaben bestehen hinsichtlich der weiteren Beobachtung von Nomenklaturkadern. Einerseits waren sie in einer Position, in der sie nicht mehr einfach bespitzelt werden durften, weil ihr gehobener Rang in der Parteihierarchie berücksichtigt werden musste, andererseits durfte man sich aber auch nicht blindlings ihrer Systemtreue sicher sein. Schließlich gab es Verräter überall.

Obwohl im Abstand von vielleicht 10 Jahren nach dem Mauerfall viele Leute ihr eigenes Lebensgefühl zur Zeit des Kommunismus nicht mehr wahrheitsgemäß erinnern und daher auch nicht reproduzieren können, steht außer Frage, dass das Bewusstsein einer allgegenwärtigen Überwachung und Lüge im Verein mit Mangelversorgung bzw. deklassierter Versorgung in weiten Teilen der Bevölkerung durchaus präsent und verbreitet war.

Man darf die Augen jedoch auch nicht davor verschließen, dass ein nicht geringer Teil der passiven Bevölkerung vermutlich sich genau in diesen Verhältnissen emotional recht wohl gefühlt hat und daher noch Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ein emotionales Defizit empfindet.

Gerade die Ungeheuerlichkeit der vorhandenen Aktenberge und die leider in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch wenig präsente Aufarbeitung haben eine allmähliche Rehabilitierung des SED-Regimes und eine mit den Wahlergebnissen einhergehende gewisse Re-Stasifizierung nicht verhindern können.

Nicht nur die vielfältigen Fehler in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung, wie etwa die Deindustrialisierung im mitteldeutschen Bereich, haben vermutlich diesen Prozess befeuert. Insgesamt hat der Zeitraum von fast 45 Jahren Totalitarismus ähnlich wie in den 70 Jahren des Leninismus in Russland eine Mentalität stabilisiert, die sehr verschieden z.B. von der der Hüge-

notten im alten Berlin ist: Tätige und selbstverantwortliche Menschen, wie sie für einen breiten Mittelstand notwendig sind, gibt es zu wenig. Stattdessen muss man eine gewisse Versorgungssehnsucht im Verein mit einer Art Leibeigenenmentalität konstatieren, die für die völlig unangebrachte Ostalgie mit verantwortlich ist.

Einen Bodensatz des „schäbigen Restes“ (Biermann) wird man natürlich überall im ehemaligen leninistischen Machtbereich finden, wie z.B. auch in Polen und anderen ehemaligen Ostblockstaaten. Insgesamt erscheinen jedoch die Verhältnisse in Polen reifer als z.B. momentan in Thüringen.

Mit dem kurzfristig eingesprungenen Co-Autoren Christian Booß war der Abend nicht nur gerettet, sondern der ehemalige Rundfunk- und Fernsehprofi meisterte seinen Vortrag äußerst souverän, informativ und unterhaltsam.

Rose Salzmann



- **Gebundene Ausgabe:** 268 Seiten
- **Verlag:** Verlag für Polizeiwissenschaft (Sept. 2014)
- **Sprache:** Deutsch
- **Preis:** 29,80 Euro